

Presseinformation

Nr. 489 / 2013

Kiel, Dienstag, 12. November 2013

Kultur / Denkmalschutz

FDP

Die Liberalen

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Anita Klahn: Die Planungen zum Denkmalschutz führen definitiv zu höheren Kosten für das Land!

Zur aktuellen Diskussion über die geplante Inventarisierung schleswig-holsteinischer Denkmale erklärt die kulturpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Die aktuelle Diskussion über die Pläne von Kulturministerin Anke Spoorendonk offenbart, wie wenig durchdacht das rot-grün-blaue Vorhaben der Inventarisierung der Kulturdenkmale ist. Nach dem derzeitigen Kenntnisstand bedeutet das konkret, dass die 16.000 einfachen Kulturdenkmale in Schleswig-Holstein innerhalb von zwei Jahren von rechnerisch sechs – durchs Land reisenden – Mitarbeitern mit Zeitverträgen anhand verschiedenster Kriterien erfasst werden (u.a. Ortsangaben, Nutzung und Größe, Ausdehnung bei Flächendenkmalen, Objektansprache, vgl. Drs. 18/1120). Nach Auskunft des Kulturministeriums handelt es sich hierbei um drei Teams à zwei Vollzeitmitarbeiter. Bei etwa 210 Arbeitstagen pro Jahr hieße das, dass jedes Team ca. 12,7 Kulturdenkmale pro Tag erfassen müsste. Selbst der wohlmeinendste Kulturliebhaber würde hier stutzig werden, ob das möglich oder auch sachgerecht ist.

Zu allem Überfluss muss diese Daten dann ein einzelner ‚hauptamtlicher Inventarisator‘ – aus- und bewerten. Hierfür hat er laut Drs. 18/1076 bis zum Jahr 2020 Zeit. Das bedeutet, er müsste bei fast elf Denkmalen pro Tag im Akkordtakt eine – wohlgermerkt gerichtsfeste – Denkmalwertbestimmung vornehmen. Im Zweifel hängt nämlich von dessen Bewertung ab, ob der Eigentümer eine aufwändige Genehmigung für eine kleine Schönheitsreparatur braucht – oder eben nicht. Mit der geplanten Umstellung der denkmalrechtlichen Unterschützstellung (von ‚konstitutiv‘ – durch Verwaltungsakt – zu ‚deklaratorisch‘ – also nachrichtlich) führt dies mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht mehr beherrschbaren Klagewelle für das Land.

Vor diesem Hintergrund sollten auch die Koalitionäre ernsthaft hinterfragen, ob das Vorgehen der Kulturministerin im Bereich des Denkmalschutzes Sinn und Verstand hat. Nebenbei bemerkt: Auch befristete Stellen sind Stellen, die das Land zu tragen hat. Das Ministerium muss erklären, welche Ausgaben hierfür nicht geleistet werden können, wenn die Kosten aus dem Etat des MJKE getragen werden. Diese Planungen führen definitiv zu höheren Kosten, als uns das Kulturministerium heute glauben machen will.“